

Politik & Wirtschaft



Ein Spezialgesetz soll die neuen Gentechniken regeln: Versuchsfeld für genetisch modifizierte Pflanzen in Zürich-Affoltern. Foto: Jonathan Labusch

Bundesrat Rösti schreckt Gentech-Gegner auf

Spezialgesetz in Planung Die Genscheren-Technik soll ausserhalb der bestehenden Gesetze separat geregelt werden. Gegner befürchten, dass sie sich so durch die Hintertür verbreitet.

Cyrril Pinto

Die Mitteilung hat die Gegner der Gentechnik aufgeschreckt: Der Bundesrat möchte die neue Gentechnik in einem Spezialgesetz regeln. Das heisst: ausserhalb des geltenden Gentechnikgesetzes. Auch die EU plane ein Spezialgesetz, begründet der Bundesrat sein Vorgehen – und spricht dabei ausschliesslich von «neuen Züchtungsmethoden». Dabei gibt es bereits ein Gentechnikgesetz. Seit 2005 gilt zudem ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen – dieses wurde zuletzt bis 2025 verlängert. Bis dann sollte der Bundesrat eine Regelung für eine Zulassung der Gentechnik mit Schranken ausarbeiten.

Bei der neuen Gentechnik handelt es sich um Verfahren mit der sogenannten «Genscheren»-Technik. Teile der DNA werden herausgeschnitten, ausgetauscht und wieder hinzugefügt – und damit so verändert, dass Pflanzen bestimmte Eigenschaften erhalten. Crispr/Cas heisst das Verfahren.

Juristen im Departement Jans intervenierten

Die Eidgenössische Ethikkommission für die Biotechnologie im Ausserhumanbereich (EKAH) hielt erst kürzlich in einem Grundsatzentscheid dazu fest, dass es sich bei den Techniken «unbestritten auch um gentechnische Verfahren handelt».

Kritische Verbände, allen voran die Schweizer Allianz Gentechfrei (SAG), sind deshalb der Meinung, dass auch die neue Technik im Rahmen des bestehenden Gentechnikgesetzes geregelt werden sollte. Das Vorgehen des Bundesrats sorgt dort für Irritation: «Weshalb ein Spe-



Bundesrat Albert Rösti steht in der Kritik. Foto: Keystone

zialgesetz vorgesehen ist, ist für uns unerklärlich und entspricht nicht der bisherigen Kommunikation des Bundesrates», sagt Claudia Vadera von der SAG. Der Bundesrat spreche von einer «behutsamen Öffnung», so Vadera. «Doch was genau damit gemeint ist, bleibt völlig unklar.»

Auch der frühere Zürcher Regierungsrat Martin Graf, heute Geschäftsführer des gentechkritischen Vereins «Gen Au Rheinau», ist überrascht: «Für mich ist unverständlich, warum die neue Gentechnik in einem Spezialgesetz geregelt werden soll.»

Heute verfüge man bereits über ein ausgewogenes Gesetz, das an die neue Technik angepasst werden könne. Die Gegner der Gentechnik befürchten, dass sich mit Röstis Spezialgesetz die neuen Gentechniken durch die Hintertür verbreiten – ohne Regeln und Zulassungsverfahren.

Nicht nur Gentechnik-Gegner wundern sich über das Vorgehen unter Federführung von Bundesrat Albert Rösti. Auch das Bundesamt für Justiz (BJ) unter Bundesrat Beat Jans äusserte vor dem Entscheid seine Bedenken. Im August wurde das BJ von Röstis Departement eingeladen, sich zum Plan für ein neues Spezialgesetz zu äussern. Knappe sieben Arbeitstage hatten die Juristinnen und Juristen Zeit für ihre

Stellungnahme. Sie liegt dieser Redaktion vor.

Darin hielt das BJ fest: «Die Regelung neuer gentechnischer Verfahren in einem speziellen Gesetz führt zu einer Verwirrung über die wahre Natur der Methoden und der daraus resultierenden Produkte.» Mit dem Spezialgesetz, so schrieb das BJ, «könnte fälschlicherweise angenommen werden, dass es sich nicht um gentechnisch veränderte Organismen handelt».

Bundesamt für Justiz ist gegen Spezialgesetz

Das BJ betonte ausserdem die Nachteile möglicher Doppelungen von Rechtstexten. «Ist es wirklich sinnvoll, ein Spezialgesetz zu erlassen, das den Anschein erwecken soll, europäischem Recht zu entsprechen, wenn der Inhalt dieses Gesetzes vom Inhalt des europäischen Rechts abweicht?» Tatsächlich plane auch die EU ein Spezialgesetz zur neuen Gentechnik, begründet der Bundesrat sein Vorgehen. Doch im Gegensatz zum EU-Entwurf möchte der Bundesrat stärkere Kontrollmechanismen. Damit wolle er den Bedenken der Bevölkerung Rechnung tragen, so der Bundesrat.

Laut Martin Graf, der sich auch bei der Initiative für Gentechnik-freie Lebensmittel engagiert, «besteht kein Druck für eine Regelung». Zurzeit seien in der EU nur drei gentechnisch veränderte Nutzpflanzenarten zugelassen, eine davon werde ausschliesslich in Spanien und Portugal angebaut, so Graf.

Doch der Bundesrat drückt aufs Tempo: Bis Ende Jahr soll ein Entwurf für das Spezialgesetz vorliegen, bis Anfang 2026 eine Botschaft, die ins Parlament geht.

FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen setzte sich bereits früher im Parlament für eine Liberalisierung der Gentechnik ein. «Ich verstehe die Bedenken gegen die Technologie nicht – sie würde es den Landwirten erlauben, weniger Chemie und Wasser bei der Lebensmittelproduktion einzusetzen», sagt er in einem Gespräch im Bundeshaus.

Wasserfallen hält den jetzigen Vorschlag des Bundesrats für eine gute Möglichkeit, die neuen Gentechniken vom geltenden Moratorium auszunehmen und zuzulassen, wie er sagt: «Die neue Technik ist viel präziser als die alte Gentechnik, das Risiko viel geringer», sagt Wasserfallen und fügt hinzu: «Der letzte Sommer mit grossen Ernteeinbussen hat gezeigt, wie dringend die Landwirtschaft Unterstützung durch resistente Sorten braucht.»

Neue Gentechnik war im Parlament umstritten

Im März 2022 beauftragte das Parlament den Bundesrat, eine Regelung für genveränderte Pflanzen vorzulegen, die kein fremdes Erbgutmaterial enthalten. Dem knappen Entscheid im Ständerat war ein langes Seilziehen im Parlament vorausgegangen. Am Ende setzte sich ein Kompromissvorschlag des Nationalrats durch. Gemäss diesem sollte der Bundesrat bis Mitte 2024 «eine risikobasierte Zulassungsregelung vorlegen», wie gentechnisch veränderte Organismen ohne fremdes Erbgutmaterial vom Moratorium ausgenommen werden können. Das Moratorium selbst wurde damals bis Ende 2025 verlängert. Dies auch in der Absicht, genügend Zeit für eine Regelung zu haben. Von einem Spezialgesetz war damals jedoch nicht die Rede.

Shein und Temu sollen Schweizer Regeln einhalten

Onlinehandel Politiker wollen Billiganbieter aus China stärker regulieren.

Chinesische Onlineshops wie Temu und Shein fluten den europäischen Markt mit ihren Produkten. Dies bringt Schweizer Händler schon länger auf die Barrikaden, sie kritisieren einen ungerechten Wettbewerb. Die neuste Onlinehändlerbefragung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW kommt zum Ergebnis, dass bei zwei von fünf hiesigen Onlinehändlern asiatische Plattformen wie Temu und Shein die Preise und Margen drücken.

Inzwischen ist auch die Politik aktiv. Ein aktuelles Beispiel ist eine Motion der Grünen-Nationalrätin Florence Brenzikof aus dem Kanton Baselland. Der Vorstoss wurde vor wenigen Tagen eingereicht und findet in verschiedenen politischen Lagern Unterstützung. Unter den 20 Mitunterzeichnenden finden sich auch Politiker anderer Parteien, etwa SVP-Nationalrätin Nina Fehr Düsel, Mitte-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt oder SP-Nationalrätin Claudia Friedl.

Anpassung der Schweizer Richtlinien an EU-Vorgaben

In der Motion wird der Bundesrat aufgefordert, «die Schweizer Gesetzgebung so anzupassen, dass ausländische Onlinehändler sich an die Schweizer Markt- und Sicherheitsstandards halten müssen». Denn in vielen Bereichen sei die Schweizer Gesetzgebung für ausländische Onlinehändler ungenügend, was Temu, Shein und weiteren Anbietern erlaube, Schweizer Standards zu umgehen.

So dürften beispielsweise Produkte angepriesen werden, die den gesetzlichen Sicherheitsanforderungen nicht entsprächen, so die Kritik. Und dies sei in der EU explizit verboten. Auf Anfrage schreibt Florence Brenzikof: «Als Vertreterin der Rechtskommission ist es mir ein Anliegen, unser Gesetz in der Schweiz so anzupassen, dass es keine Schlupflöcher für Onlinehändler gibt.»

Die Motion fordert für die Schweiz ähnliche Regelungen wie das Digital Services Act (DSA) der EU. Das Ziel des Gesetzes ist es, einen sichereren digitalen Raum zu schaffen. Da die beiden chinesischen Anbieter Temu und Shein im Rahmen des Gesetzes zu sehr grossen Plattformen erklärt wurden, stehen sie unter besonderer Aufsicht. Entsprechend müssen sie nachweisen, dass sie Vorkehrungen zum Schutz vor Produktfälschungen und vor Verletzungen der Rechte zum Schutz geistigen Eigentums treffen. Verstossen sie gegen die Vorgaben, kann die Strafe bis zu 6 Prozent des weltweiten Jahresumsatzes der Unternehmen betragen. Im Wiederholungsfall können die Firmen in der EU sogar gänzlich verboten werden.

Speziell fordern die Urheber der Motion, dass der Bundesrat gegen sogenannte Dark Patterns vorgehe. Diese sind bei grossen Plattformen in der EU ebenfalls verboten. Bei Dark Patterns handelt es sich zusammengefasst um täuschende Designs, die von Websites und Apps genutzt werden, um die Konsumentinnen und Konsumenten entgegen ihren eigentlichen Interessen zum Handeln zu bewegen. Ein Beispiel dafür: willkürliche Rabattangebote von bis zu 90 Prozent,

wie man sie von den asiatischen Shoppingseiten kennt.

Auch verlangt die Motion, einen weiteren Punkt anzugehen, für den die asiatischen Onlineshops kritisiert werden: Es sollen Massnahmen geprüft werden, wie die bewusste Umgehung des Zollfreibetrags durch die Aufteilung von Sendungen verhindert werden kann.

Durch die erwähnten Regulierungen, so das Fazit, könne die Schweiz bezüglich Konsumentinnen- und Konsumentenschutz ans Ausland anschliessen. Sie hoffe, dass der Bundesrat ebenfalls bestrebt ist, die Gesetzeslücken zu schliessen, sagt Brenzikof. In eine ähnliche Richtung geht ein weiterer aktueller Vorstoss von ihrem Ratskollegen Benjamin Roduit (Mitte, VS).

Vorstoss fordert Sanktionen für Billiganbieter

Roduit verlangt, dass der Bundesrat das Produktsicherheitsgesetz und das Lebensmittelgesetz anpasst. Dort ist beispielsweise die Einfuhr von Spielzeug geregelt. Neu sollen auch Gebrauchsgegenstände für den privaten Haushalt darunterfallen,

Das Ziel des Gesetzes ist es, einen sichereren digitalen Raum zu schaffen.

sofern deren Einfuhr über ausländische Onlinehandelsplattformen erfolgt. Dadurch hätten heimische und ausländische Anbieter gleich lange Spiesse.

Als Sanktionsmassnahmen schlägt Roduit die Sperrung von Onlinelinks zu ausländischen Online-Handelsplattformen, behördliche Verwarnungen und Verkaufsverbote vor.

Druck für die Plattformen in der Schweiz gibt es auch auf dem rechtlichen Weg. So hat die Swiss Retail Federation beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) eine Beschwerde gegen Temu eingereicht, gestützt auf das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und auf die Preisbekanntgabeverordnung.

Wie «CH Media» berichtete, fand deshalb kürzlich ein erstes Treffen zwischen dem Seco und europäischen Vertretern von Temu statt, um den Sachverhalt zu klären. Die Behörde kann einschneidende Massnahmen ergreifen. Sie kann Strafanzeige stellen und eine Zivilklage einreichen. Derzeit wird nun auf Antworten auf die Fragen vom Hauptsitz in China gewartet.

Neuigkeiten zu ihrer Beschwerde gibt es gemäss Swiss Retail Federation nicht. Es bleibe spannend, sagt der stellvertretende Direktor Patrick Erny. Die verschiedenen politischen Eingaben zum Thema sieht er positiv. «Besonders den Vorstoss von Herrn Roduit, da dieser die relevanten Gesetze adressiert und auch konkrete Sanktionen fordert.»

Christopher Gilb